

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

23.08.2021

Inhalt

EWN

1 Schicksalstage eines Endlagers <i>die tageszeitung, 23.08.2021</i>	3
2 „Auf Kapitel Rückbau gut vorbereitet“ <i>Geislinger Zeitung, 23.08.2021</i>	5

Schicksalstage eines Endlagers

Bundesweiter Aktionstag gegen Schacht Konrad. Eine Mitteilung aus dem niedersächsischen Umweltministerium legt nahe, dass die Genehmigung nicht widerrufen wird. Umweltgruppen finden, die Atommülldeponie entspreche nicht mehr dem Stand der Technik

Bundesweiter Protest gegen das geplante *Atommüllendlager* Schacht Konrad: In mehr als einem Dutzend Orte haben Bürgerinitiativen und Umweltgruppen am Wochenende gegen die Umrüstung des früheren Eisenerzbergwerks zur *Atommüllkippe* demonstriert und Unterschriften gegen den Weiterbau gesammelt.

In Norddeutschland gab es Aktionen unter anderem in Salzgitter, Braunschweig, Gorleben, Göttingen und Lingen. Auch am Bahnhof Kreiensen im Kreis Nörten-Hardenberg protestierten rund 20 *Atomkraftgegner*/innen gegen Schacht Konrad und das geplante Zwischenlager Würgassen im Dreiländereck von Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen.

Viele *Atomanlagen* in Deutschland seien in den 1980er-Jahren nur genehmigt worden, weil Schacht Konrad damals als „*Entsorgungsnachweis*“ diente, sagte Silke Westphal von der *Arbeitsgemeinschaft* Schacht Konrad am Sonntag. „Vierzig Jahre später müssen wir leider erkennen, dass der Schacht schon damals nicht geeignet war, *radioaktive* Abfälle aufzunehmen und heute erst recht weder dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik noch den geltenden Endlagerbedingungen entspricht.“

Schacht Konrad wurde 2002 vom Land Niedersachsen als nationales Endlager für schwach und mittel *radioaktive* Abfälle genehmigt. Einen Vergleich mit anderen Standorten gab es nicht. Die Grube soll bis 2027 maximal 303.000 Kubikmeter *Atommüll* aufnehmen.

Das Aktionswochenende und die Unterschriftenkampagne sollten den Antrag auf Rücknahme des Planfeststellungsbeschlusses für Schacht Konrad politisch begleiten, den der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und der Naturschutzbund (Nabu) Ende Mai an Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies (SPD) übergeben haben. Die Verbände begründen diesen Vor-

stoß unter anderem damit, dass das Lager nicht mehr dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik entspreche. Die Unterschriftenlisten sollen am 4. September an Lies überreicht werden.

„Das alte Eisenerzbergwerk ist für die dauerhafte sichere Lagerung *radioaktiver* Abfälle gänzlich ungeeignet“, sagt der Vorsitzende der *Arbeitsgemeinschaft* Schacht Konrad, Ludwig Wasmus. Mit jedem Stein, den die Bundesgesellschaft für Endlagerung (*BGE*) in Schacht Konrad verbaue, verliere sie ein Stück Glaubwürdigkeit. Lies habe jetzt die Chance, endlich das Richtige zu tun und das Projekt zu beenden.

Der Minister hatte bei Entgegennahme des Antrags betont, der Planfeststellungsbeschluss – also die Baugenehmigung – für das *Endlager Konrad* sei wirksam. Gleichzeitig sei aber klar, dass sich bei einem viele Jahrzehnte umfassenden Vorhaben wie Schacht Konrad „der Stand von Wissenschaft und Technik weiterentwickelt“. Der Minister fügte hinzu: „Ich kann noch nicht sagen, was bei der Prüfung am Ende herauskommen wird. Aber ich kann sagen: Wir nehmen das sehr ernst und werden sehr genau prüfen mit Blick auf eventuell weitreichende, rechtliche Konsequenzen.“

Aufhorchen ließ am vergangenen Donnerstag eine Pressemitteilung des Umweltministeriums. Darin wurde der Eindruck erweckt, Lies halte an Schacht Konrad fest, habe sich also bereits gegen den Widerruf des Planfeststellungsbeschlusses für das umstrittene Endlager entschieden.

Fässer mit schwach *radioaktiven* Abfällen aus Medizin, Forschung und Technik würden aus der Landesammelstelle Leese (Kreis Nienburg) in den Schacht Konrad gebracht, kündigte Umweltminister Lies laut der Mitteilung an. „Bis spätestens 2030 soll kein Fass mehr in Leese, sondern im künftigen *Endlager Konrad* stehen.“ Insgesamt 1.484 Behälter, die zuvor in der

ehemaligen Landessammelstelle in Steyerberg (Kreis Nienburg) aufbewahrt wurden, sollten in für das **Endlager Konrad** zugelassene Container verpackt werden.

Auf Nachfrage versicherte das Umweltministerium allerdings, dass nach wie vor ein möglicher Widerruf der Genehmigung für Schacht Konrad geprüft werde. Die entsprechenden Äußerungen von Lies von Ende Mai hätten „weiterhin Bestand“, sagte Ministeriumssprecher Matthias Eichler: „Die Prüfung ist noch nicht abgeschlossen.“

Die ehemalige Landessammelstelle für schwach **ra-**

dioaktive Abfälle in Steyerberg war im Jahr 2000 aus Kostengründen aufgelöst worden. Die knapp 1.500 Abfallfässer, einige angerostet oder undicht, wurden in das Lager Leese transportiert.

Das älteste dieser Gebinde stammt vermutlich aus dem Jahr 1981. Weitere 3.400 Fässer in Leese enthalten Rückstände von Braunschweiger Firmen, die mit **radioaktiven** Stoffen hantieren. Vor einer späteren Endlagerung – offiziell in Schacht Konrad – müssen die Abfälle konditioniert und umverpackt werden. „Einige Fässer mussten bereits als nicht transportfähig zurückgestellt werden“, teilte die Bürgerinitiative Strahlenschutz (BISS) in Leese mit.

Geislinger Zeitung | 23.08.2021 | S. 10

Auflage: 9.962 | Reichweite: 30.479

Regina Frank

„Auf Kapitel Rückbau gut vorbereitet“

Serie Im Gundremminger Atomkraftwerk geht es immer weniger um Energiegewinnung und immer mehr um Demontage. Für das Zurückbauen gibt es eine interne Fabrik. Ein Gespräch mit ihrem Leiter. Von Regina Frank

Block A des *Atomkraftwerks* Gundremmingen ist selbst schon vollständig zurückgebaut, es steht nur noch die Gebäudehülle. Im Inneren wurde eine spezielle Rückbau-Fabrik eingerichtet. Rückbauleiter Carsten George (Foto) erklärt, was dort genau geschieht.

Herr George, wir sollten zuallererst klären, was Rückbau bei einem Atomkraftwerk eigentlich bedeutet. Heißt das, am Ende haben wir eine grüne Wiese und nichts deutet mehr darauf hin, dass da einmal ein Kernkraftwerk stand? Oder bleiben leere Türme und leere Reaktorhüllen?

Carsten George: Ziel des kerntechnischen *Rückbaus* ist die Entlassung der Gebäude und des Geländes aus dem Geltungsbereich des *Atomgesetzes*. Das bedeutet, dass die zuständige *Atomaufsicht* beziehungsweise deren Gutachter – in unserem Fall das Bayerische Umweltministerium – überprüft haben, dass keine oder keine oberhalb der gesetzlichen Grenzwerte liegende *Radioaktivität* in der Anlage vorhanden ist.

Wann wird es soweit sein?

Das wollen wir bis Mitte beziehungsweise Ende der 2030er Jahre sicher und effizient erreichen. Bis dahin vollzieht sich der *Rückbau* nur innerhalb der Anlage und ist von außen kaum sichtbar. Erst nach der behördlichen Entlassung aus dem *Atomgesetz* können die Gebäudehüllen konventionell zurückgebaut oder einer anderweitigen Nutzung zugeführt werden. Es ist heute noch zu früh, über mögliche zukünftige Nutzungen oder gar eine grüne Wiese zu sprechen. Klar ist, dass wir in diese Überlegungen auch die Gemeinde Gundremmingen einbinden werden.

Rückbau wird mitunter als beschönigendes Wort für Abriss verwendet – oder wohl gewählt, wenn es sich um ein sorgfältiges Abtragen von Bauwerken handelt. Wie würden Sie Ihre Arbeit beschreiben?

Schon alleine die Tatsache, dass der sichere *Rückbau* sich über mehrere Jahre hinzieht, zeigt, dass hier das klassische Bild des Baggers mit Abrissbirne nicht zum Tragen kommt. Es handelt sich tatsächlich eher um ein sorgfältiges Abtragen, das einer umfangreichen und jahrelangen Planung bedarf. Genau so wie im Leistungsbetrieb stehen bei allen Tätigkeiten Arbeits- und Gesundheitsschutz an erster Stelle. Beim *Rückbau* eines Kraftwerks werden vorrangig konventionelle, etablierte Demontage- und Zerletechniken eingesetzt. Sämtliche Anlagenteile müssen ausgebaut und in handhabbare Stücke zerlegt werden.

Würden Sie der Öffentlichkeit schildern, wie es in dieser Fabrik aussieht? Gibt es besondere Maschinen und Roboter? Besondere Schutzausrüstung für die Mitarbeiter?

Viele Teile müssen vor der weiteren Bearbeitung nachzerlegt werden. Aus diesem Grund gibt es einen großen Bereich, den wir mit unterschiedlichsten Sägen ausgestattet haben. Zum Schutz vor möglicher Kontamination, also an der Kleidung anhaftender Verschmutzung, tragen alle Mitarbeiter – wie im Kontrollbereich einer kerntechnischen Anlage üblich – einen Overall. Bei Tätigkeiten, für die im Sinne des größtmöglichen Arbeits- und Gesundheitsschutzes besondere Schutzausrüstung zu tragen ist, wird diese selbstverständlich genutzt.

Im Moment wird Block B demontiert. Wie geht die Zerlegung vonstatten? Was geschieht gerade?

Bis jetzt stand das Thema Platzschaffen für den sicheren *Rückbau* im Vordergrund. Um Transportwege und Logistikflächen freizubekommen, wurden zum Beispiel Strahlenschutzwände und Betonriegel ausgebaut. Des Weiteren liegt der Fokus momentan auf Systemen, welche radiologisch unbelastet sind und daher recht einfach ausgebaut und frei gemessen werden können. Derzeit wird der Generator in Block B ausgebaut. Die hierbei frei werdende Fläche nutzen wir

später, um abgebaute Materialien zu bearbeiten.

Tausende Tonnen kontaminierter Bausubstanz müssen behandelt, entsorgt oder verwahrt werden und zwar so, dass keine Gefahr mehr davon ausgeht. Wie geht das: Säubern im AKW?

Wie jede industrielle Anlage, so besteht auch ein Kernkraftwerk aus unterschiedlichen Materialien, die auf verschiedene Weise recycelt oder *entsorgt* werden. Dabei unterscheidet sich die Vorgehensweise zunächst dadurch, ob sie sich im sogenannten Kontrollbereich eines Kernkraftwerks befinden – also dem Bereich, in dem Material *radioaktiver* Strahlung ausgesetzt werden kann – oder außerhalb dessen. Der überwiegende Teil der Abfälle beim *Rückbau* unterscheidet sich nicht von Material, das auch beim Abbruch anderer Industrieanlagen anfällt: Beton, Glas, Kabel, Stähle oder Kunststoff bilden mit rund 90 Prozent den Hauptanteil eines Kernkraftwerks und sind nie mit *Radioaktivität* in Berührung gekommen. Für diese Abfälle gilt, was auch für Abfälle aus Privathaushalten gilt: Was immer recycelt werden kann, wird recycelt. Der Rest wird, wie Hausmüll auch, konventionell *entsorgt*. Grundsätzlich verlässt nichts die Anlage, was nicht vorher freigemessen wurde.

Und was passiert mit den restlichen zehn Prozent?

Bei den Reststoffen aus dem Kontrollbereich eines Kernkraftwerkes, die nicht als *radioaktiver* Abfall einem Endlager zugeführt werden, gibt es dafür nach dem Freimessverfahren ausschließlich zwei Wege: Nach der sogenannten uneingeschränkten Freigabe werden diese Stoffe in den Wertstoffkreislauf zurückgeführt oder konventionell *entsorgt*. Abfälle mit spezifischer Freigabe werden immer als Abfall klassifiziert

und durch Verbrennung oder Deponierung beseitigt. Abfälle, die nicht freigegeben werden können, werden als *radioaktiver* Abfall fachgerecht verpackt und an den Bund zur Endlagerung übergeben.

Wie viele Mitarbeiter sind im Moment am Standort Gundremmingen beschäftigt, und wie viele werden für den Rückbau gebraucht?

Zum 1. Januar 2020 waren 540 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei uns beschäftigt. Ende des Jahres 2022 planen wir mit rund 440. Die veränderte Anlagensituation hat natürlich Auswirkungen auf den Personalstand. Sicherer *Rückbau* erfordert deutlich weniger Mitarbeiter als Leistungsbetrieb. Der notwendige kontinuierliche Stellenabbau erfolgt, wie an den anderen Kernkraftwerksstandorten von RWE, selbstverständlich sozialverträglich und unter Einbeziehung der Arbeitnehmervertreter.

Im Moment laufen Rückbau und Energiegewinnung parallel. Bald wird auf dem Gelände ausschließlich demontiert. Steht da nur eine technische und organisatorische Zäsur an oder auch eine mentale?

Wir sind stolz darauf, in den vergangenen 37 Jahren mit unserer Anlage zur sicheren, verlässlichen und klimafreundlichen Stromversorgung der Region Bayerisch-Schwaben und darüber hinaus beigetragen zu haben. Wir konnten uns seit Jahren auf das neue Kapitel, das wir aufschlagen werden, gut vorbereiten.

Block C geht Ende des Jahres vom Netz

Aufgrund der Corona-Pandemie lässt Eigentümer und Betreiber RWE zurzeit keine Besucher und auch keine Pressevertreter in das Atomkraftwerk.